

Große Angst vor globalen Folgen des Ukraine-Krieges

(3.3.2022) Große Mehrheit will Flüchtlinge aufnehmen. Die militärische Neutralität Österreichs hat einen unverändert hohen Stellenwert: NATO-Beitritt bleibt ein Minderheitenprogramm.

Die Österreicher verfolgen die Entwicklungen in der Ukraine mit großer Aufmerksamkeit und Sorge. In einer Umfrage des Österreichischen Gallup-Instituts* geben rund drei Viertel der Bevölkerung an, über die aktuellen politischen Ereignisse in der Ukraine gut informiert zu sein (22% „sehr gut“, 54% „eher gut“). 90% schätzen die Bedrohung für die ukrainische Bevölkerung durch den russischen Angriffskrieg als hoch ein. Zugleich besteht große Angst vor den Folgen des Konflikts über die Grenzen der Ukraine hinaus.

Diplomatie und humanitäre Hilfe: Mittel erster Wahl bei der Konfliktbewältigung

Danach gefragt, wie sich die EU, die USA und andere Länder in Bezug auf den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland verhalten sollen, sprechen sich die Österreicher in erster Linie für diplomatische Lösungen einerseits und andererseits für humanitäre Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine und ihrer Bevölkerung aus. 84% befürworten diplomatische Verhandlungen mit Russland, jeweils 81% sind für die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen und für verstärkte wirtschaftliche Hilfe für die Ukraine.

Geht es um den Umgang Österreichs mit einer möglichen Flüchtlingswelle aus der Ukraine, ist für ein Fünftel (19%) der österreichischen Bevölkerung die uneingeschränkte Aufnahme von Geflüchteten vorstellbar. 54% sprechen sich für humanitäre Hilfe vor Ort und sofortige Aufnahme von besonders gefährdeten Personengruppen, 17% ausschließlich für humanitäre Hilfe vor Ort bzw. in der Region aus. Nur 5% meinen, Österreich solle gar nichts tun, 5% haben keine Meinung dazu. Die uneingeschränkte Aufnahme von Flüchtlingen wird am häufigsten von Grünen und SPÖ-Affinen befürwortet (29% und 27%), am seltensten von den Anhängern der FPÖ- und der MFG (5% und 6%). ÖVP-Sympathisanten sind zu 19%, jene von NEOS zu 20% dafür. „Die Bereitschaft, die Grenzen für alle zu öffnen ist deutlich höher als bei der Flüchtlingswelle aus Afghanistan im Sommer 2021. Damals sprachen sich nur 5% der Österreicher für eine uneingeschränkte Aufnahme von Flüchtlingen aus“, ergänzt die Leiterin des Österreichischen Gallup-Instituts, Andrea Fronaschütz.

Breite Zustimmung finden in der Bevölkerung auch die Luftraum-Sperre für russische Flugzeuge (76%), Einreiseverbote für russische Putin-Unterstützer (75%) oder das Einfrieren von deren Vermögen in den westlichen Banken (75%). Wirtschaftliche Sanktionen im Allgemeinen begrüßen 71% der Bevölkerung, mit einem Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungsverkehr (SWIFT) zeigen sich 66% einverstanden. Militärische Interventionen finden im Vergleich wenig Akzeptanz: Einen NATO-Truppeneinsatz in der Ukraine befürworten 31% der Bevölkerung, Waffenlieferungen an die Ukraine 50%.

Bedrohung der globalen wirtschaftlichen und politischen Stabilität

Deutlich spürbar ist die Sorge über die wirtschaftlichen Folgen der Ukraine-Krise. 83% der Österreicher befürchten einen Anstieg der Energiekosten, 79% sind über eine Teuerung der Lebensmittel besorgt, 71% machen sich Gedanken über die internationale wirtschaftliche Stabilität. Weitere Sorgen bereiten den Menschen in Österreich die möglichen Engpässe in der Energieversorgung (75%) sowie die Gefahr einer neuen Flüchtlingskrise (69%).

Wenn es um die politischen Auswirkungen des Ukraine-Konflikts geht, fürchtet sich die Mehrheit (69%) vor einem neuen Kalten Krieg und der Ausweitung des Konflikts auf die benachbarten Länder (63%). 51% haben Angst vor dem Einsatz von Atomwaffen, 44% vor einem neuen Weltkrieg. Das Risiko von Atomkatastrophen durch Beschädigung von Atomkraftwerken bei Kampfhandlungen ist für 59% Grund zur Besorgnis. Während die älteren Bevölkerungsschichten deutlich stärker als die Jungen die wirtschaftlichen Auswirkungen, die Flüchtlingskrise sowie den Kalten Krieg fürchten, haben Jugendliche und junge Erwachsene bis 30 Jahre überdurchschnittlich häufig Angst vor dem Einsatz von Atomwaffen (67%), vor Atomkatastrophen (65%) und vor einem Weltkrieg (57%).

Trotz Neutralität: Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen

Auf die Frage, ob Österreich die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland mittragen soll, antworten 61% der Österreicher mit Zustimmung, 30% mit Ablehnung, 9% äußern sich nicht dazu. Für eine Unterstützung der Sanktionen sprechen sich am häufigsten die Anhänger der Grünen (91%) und der NEOS (86%) aus, gefolgt von ÖVP- und SPÖ-Sympathisanten (je 72%). Die Mehrheit der FPÖ- und MFG-Sympathisanten ist mit jeweils 63% dagegen, dass Österreich die Sanktionen mitträgt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse sind die Österreicher mehrheitlich (78%) der Ansicht, dass es für die Sicherheit Österreichs besser sei, seine Neutralität zu bewahren. Nur 14% meinen, dass ein NATO-Beitritt die bessere Lösung wäre, 8% äußern sich nicht dazu. 47% sind der Auffassung, dass Österreich Russland klar verurteilen soll, während 45% dafür sind, sich aus dem Konflikt gänzlich rauszuhalten. Grün-, SPÖ- und NEOS-Affine sprechen sich überdurchschnittlich häufig für eine Verurteilung Russlands, die Sympathisanten der FPÖ und der MFG hingegen für eine unparteiische Position Österreichs im Ukraine-Konflikt. „Eine klare politische Haltung in Bezug auf die internationalen Entwicklungen einzunehmen oder sich an Wirtschaftssanktionen zu beteiligen steht für den Großteil der Bevölkerung nicht im Widerspruch zum Neutralitätsprinzip“, fasst Andrea Fronaschütz zusammen.

Rückfragehinweis:
Andrea Fronaschütz
a.fronaschuetz@gallup.at
Tel. +431 470 47 24 - 0

Das Österreichische Gallup-Institut,
Lobkowitzplatz 1
1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859
Foto: Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, Foto: www.beahasler.at

* 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung im Alter ab 16 Jahren (Methode: „Computer Assisted Web Interviewing“ im Gallup-Onlinepanel, durchgeführt zwischen 28. Februar - 1. März 2022)

Hinweis: Zwecks besserer Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form verwendet, die weibliche Form ist dabei stets miteingeschlossen.